

Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens

Herausgeber: [s.n.]

Band: 37 (1995)

Artikel: Streifzüge

Autor: Cadruvi, Donat

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-972107>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Streifzüge

Betrachtungen von Donat Cadruvi

Der Sport und die Frage nach den Grenzen

An den Grossanlässen des Jahres 1994 – an den Winterspielen in Lillehammer und an der Fussball-Weltmeisterschaft in den USA – hat die ganze Welt wiederum erkennen können, auf welche Weise sich das Phänomen Sport entwickelt. Dem Beobachter, der – obwohl und gerade als mit dem Problem vertrauter «moderner» Mensch – den vielfältigen Manifestationen sportlicher Tätigkeiten mit offenen Sinnen und ehrlicher Absicht wortwörtlich in die Augen schauen will, ist die eine fundamentale Frage auch bei diesen Gelegenheiten nicht entgangen: Wohin treiben die Wellen einer weltweiten Bewegung, die den Bereich blosser Wettkämpfe und eigentlicher Spiele längst verlassen hat – und wo sind die Grenzen?

Der Westschweizer Schriftsteller Georges Haldas verfasst ein Buch französischer Begeisterung über «Die Legende vom Fussball» (Pendo) und bekommt in der Bücherreklame dafür den jubelnden Titel «Die Ekstase des Poeten im Stadion». Ihm – Haldas ist keineswegs der erste Schriftsteller französischer Sprache, der sich mit dem Thema Fussball literarisch befasst hätte – folgt freilich kein Geringerer als Umberto Eco, der seiner Fussballverachtung «freien Lauf lässt» und dessen Ansichten an gleicher Stelle zusammengefasst werden als polemische Stellungnahme zu einem «Sport für Sklaven, Voyeure und Faschisten! Schwungvolle Formulierungen fürwahr – und weit mehr noch! Hinter dieser Verdammung stehen Gedanken, Erfahrungen und differenzierte Überlegungen.

Mit diesen knappen Hinweisen soll lediglich angedeutet werden, wie weit die Empfindungen, Eindrücke und Erfahrungen ernsthaft denkender Menschen auch auf dem Sektor Sport – wohl nicht bloss in bezug auf den allerdings spektakulären Fussball – auseinanderstreben. Auch wenn es sich lediglich (und «nur») um den Sport drehen würde: An seiner Darstellung innerhalb der modernen Gesellschaft scheiden sich die Geister. Warum?

Der Sport – sehr allgemein verstanden – ist im Laufe der Gezeiten sehr weit über seine Urgründe und -absichten hinausgewachsen. Er hat Schritt für Schritt, oft unbemerkt, eine gesellschaftliche und vor allem eine ökonomische Position erobert, die noch vor wenigen Jahrzehnten kaum jemand auch nur zu ahnen gewagt hätte. Dieses Tempo der Veränderungen und Entwicklungen betrifft allerdings nicht nur, aber auch das, was allenthalben unter «Sport» begriffen wird. Auch an den Stätten sportlicher Zurschaustellung versammeln sich die Massen – «man geht einfach hin» –, diese «Wilden», welche nach Eco von der Sportpresse und vom Fernsehen produziert werden, womit der Italiener den Rahmen fataler Verknüpfungen und Abhängigkeiten wohl zu eng gezogen haben dürfte! Der Sport treibt sich selber an; er ist in seinen aktuellen Bahnen Spitzensport – soweit er uns hier interessiert – und als solcher auf PR, Geld, Förderung und gesellschaftliche Anerkennung nachgerade angewiesen. An dieser Entwicklung wirken ungezählte Bekannte und Unbekannte mit. Der Sport ist zu einer

Unternehmung geworden, welche ihren Marktanteil behaupten und mehren möchte.

Im neuzeitlichen Sportgeschehen äussern sich freilich Kräfte und Energien, die der privaten Unternehmung in aller Regel fremd sind. Ihretwegen hasst Umberto Eco etwa den Fussball. Als Italiener muss er wissen, was dieser Sport in Bewegung setzt. Calcio – in gewissen Situationen wird alles andere zur Nebensache! «Wenn jemand ein Stadion besetzen würde, wären umgehend alle gegen ihn: die Kirche, der Staat, sogar die Anarchisten, die Chinesen.» Auch diese Übertreibungen – warum wären die Stadien zu besetzen, Herr Eco? – deuten an, wer und was sich dem Sportbetrieb und -geschäft unterwirft. Der Autor ist auch durchaus befugt, die Besucher in den Stadien als Zeugen unsportlicher, militanter, sogar krimineller Handlungsweisen aufzurufen. Auch ihr Verhalten scharf zu rügen, wenn sich die Massen aus Gründen, die mit dem Spiel und mit dem Wettkampf oft sehr wenig bis gar nichts zu tun haben, ausleben, wenn die Gespräche unter den Menschen «immer die gleichen» sind.

Am Ende stellt sich – wie in zahlreichen anderen Zusammenhängen und menschlichen Beziehungen – die Frage nach dem Mass und nach den Kriterien, welche dieses Mass festzulegen hätten. Der in seinen Leidenschaften und Interessen gefangene Mensch treibt an und lässt sich antreiben, und er hat weder die Absicht noch die Energie, nach Massgabe der Vernunft und der Selbstverantwortung an irgendwelchen Grenzen anzuhalten. Er weiss möglicherweise gar nicht, wo diese Grenzen zu finden wären.

Über allem das Geschäft! So heisst es gelegentlich (und verallgemeinernd), wenn menschliche Tätigkeiten erkannt, überprüft und beurteilt werden, auch die notwendigen, die guten und die erfolgreichen. Notwendig, gut und erfolgreich kann auch die sportliche Anstrengung des einzelnen und der Gemeinschaften sein. Alles ist bedroht, alles ist mannigfachen Gefahren ausgesetzt, was ausser Kontrolle des Geistes geraten könnte, was ohne diese Prüfung expandieren und zu einer unbeherrschbaren Entfremdung entarten kann. Leider gilt dies auch für die mannigfachen, weltweiten Entwicklungen im Sport, die von den Kräften der wirtschaftlichen Interessen, des Ehrgeizes, der Leidenschaften und auch politischer Einflüsse und nationalistischer Gelüste angespornt werden.

Diese Anmerkungen sollen nicht ab-

geschlossen werden, ohne mit Nachdruck zu betonen, wie sehr die Öffentlichkeit trotz allem an einer gedeihlichen, gesunden, fortdauernden und ernsthaften Förderung sportlicher Tätigkeiten interessiert sein muss; denn Breitensport – und die Lokomotive Spitzensport –, Sport an den Schulen, Sport in den Vereinen und Sport als Gegengewicht zu den bekannten Schäden und Gefahren ebenso «moderner» Lebensweisen – Auto, Pult und Maschine – ist nicht einfach dem Schausport gleichzusetzen, von dem Eco behauptet, er sei gefährlich für die Gesundheit. Das Gegenteil wäre in vielen Fällen und Formen, namentlich in der bedeutsamen Praxis der Vereine und Schulen, nachzuweisen – immer abseits von Rekordeitelkeiten, Massenkundgebungen, Geschäften und nationalistisch-politischen Irrwegen.

che, sie innert nützlicher Frist zu verwirklichen freilich eine ganz andere. Dies lehrt unsere komplizierte Geschichte mit all ihren einschlägigen Erfahrungen.

Abgesehen von der Tatsache, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau Verfassungsrecht und blanke Vernunft, auch sachliche Toleranz und Gerechtigkeit ist, stellt sich in diesem Zusammenhang auch immer wieder die Frage, wie die Frauen selber ihre Interessen fördern, erläutern und vertreten. In dieser Hinsicht, so meine ich rein persönlich, wäre ihnen bisweilen etwas mehr Geschick und auch Glück zu gönnen. Mit Boykotterklärungen bei unpassenden Regierungsratswahlen, mit der schroffen Parole, Männern unter keinen Umständen die Stimme zu geben, mit der Demütigung von Frauen, die diesen Kurs nicht blind verfolgen, und mit vergleichbaren und ähnlichen Strategien ist der Sache der Frau in der Politik natürlich nicht gedient. Ganz im Gegenteil! Trotz und unwirsches Auftreten verursachen nicht selten Rückschläge, und darunter leiden auch die gutgemeinten Absichten. Es entspricht durchaus menschlicher Erfahrung, dass Gefühle und Empfindungen auch in der politischen Praxis, von Mensch zu Mensch, von Gruppe zu Gruppe, eine gewisse Rolle spielen. Der echte Fortschritt muss sich auch in dieser Hinsicht aus einer möglichst verständlichen Darstellung dessen ergeben, was die Frau auf Grund ihrer Fähigkeiten und ihrer spezifischen Eigenarten eben *als Frau* beizutragen bereit und fähig ist. Es kommt also auch hier – und richtigerweise – darauf an, ob eine Forderung mehr mit überzeugenden Argumenten als mit rabiaten Attacken gegen die Männerwelt oder gegen eine bestehende Ordnung vertreten wird. An stichhaltigen Gründen fehlt es bekanntlich nicht, wenn es darum geht, auf die konkrete Umsetzung des Gleichberechtigungsgebotes zäh und unablässig hinzuwirken. Dass in diesem Lande immer auch ein gutes Mass an Geduld notwendig ist, entspricht einer alten Erfahrung, mit welcher auch die Frauen werden rechnen müssen!

Ich hatte in den letzten Jahren publi-

Wie nehmen die Frauen ihre Interessen wahr?

Die Ergebnisse der Kreiswahlen vom Mai 1994 haben an den stabilen politischen Verhältnissen im Kanton Graubünden wenig bis nichts geändert. Sie haben indessen in einer ganz bestimmten Richtung einen erfreulichen Erfolg verbucht: Die Position der Frauen im Kantonsparlament ist wenigstens zahlenmäßig erheblich verstärkt worden. Waren es bisher 8 Frauen, so werden es seit dem Mai dieses Jahres immerhin deren 18 sein.

Nicht diese Zahlengegenüberstellung an sich verdient es, an dieser Stelle festgehalten zu werden. Wesentlicher ist vielmehr die Tatsache, dass dieser Fort-Schritt ohne grosse Umstände möglich geworden ist. In diesem Kanton, der bisweilen als frauenfeindlich denunziert wird, sind derartige Entwicklungen also möglich. Das ist erfreulich, im übrigen aber auch nicht verfrüht. Es ist das Resultat mannigfacher Anstrengungen der Frauen, freilich auch aufrichtiger Einsicht vieler Männer und ihrem Verständnis für Schritte, die bei Gott reif geworden sind.

Was dieser Vormarsch der Frauen für die Gestaltung der kantonalen Poli-

tik und für die Arbeit des Grossen Rates im allgemeinen bedeuten wird, muss sich natürlich noch erweisen. Wunder darf man fairerweise nicht erwarten; denn auch Frauen kochen (in der Politik) mit Wasser...

Da und dort spriessen allerdings bereits konkretisierte Hoffnungen, so etwa – nur als Beispiel erwähnt – in der Frage, ob und wie die Kantonsverfassung in absehbarer Zeit total revidiert werde. Immerhin die Verfassung und sogar ihre umfassende Neuüberprüfung! Dieses bemerkenswerte und gewichtige Detail verdanken wir übrigens nicht dem Programm einer Frauengruppe, sondern (aktuell) ernstzunehmenden, erprobten und altgedienten Soldaten der politischen Miliz – ein Detail notabene, was wie manch andere Deutung darlegt, wie rasch und unbekümmert Neuerungen erwartet werden, die – wenn schon – bereits früher hätten angepackt und realisiert werden können, wenn alles so einfach gewesen wäre. Es gab im Grossen Rat schon bisher Frauen und Männer! Hoffnungen und Erwartungen aufkommen zu lassen, ist bekanntlich auch in der Politik eine Sa-

zistisch wiederholt Gelegenheit – oder ich nahm sie mir! –, daran zu erinnern, dass die Postulate der Frauen in der Politik, konkreter gesagt: bezogen auf ihre Vertretung in den Behörden auf allen Stufen unseres Staates, von der bewussten Durchführung einer strikteren Amtszeitbeschränkung in den politischen Ämtern erhebliche Erfolge erwarten dürften. Männer, die jahrzehntelang ihre Mandate wie ewige Pfründe verwalteten, so, als könnte das Land darauf nicht ohne Schaden verzichten, stehen logischerweise auch den Frauen im Wege. Genauer erklärt: Dem Beitrag, den das Postulat von der politischen Tätigkeit tüchtiger Frauen erwarten lässt. Allein, merkwürdigerweise ist diese Idee, die für kurze Zeit auch im Bundeshaus und in den Parteisekretariaten der Betroffenen aufflammte, von den Frauen kaum zur Kenntnis genommen, jedenfalls nicht aufgegriffen, nicht an die Hand genommen und nicht planmäßig inszeniert worden. Das mag überraschen – oder auch nicht. Gerade in unserem schönen, aber etwas umständlichen Kanton ist der Gedanke, zumindest bezüglich der Amtszeit der Kantonsregierung, verbindlich und ausdrücklich festgeschrieben worden, auf dass er ernstgenommen und respektiert werde. Die Idee hat Bedeutung nicht nur mit Blick auf die Regierung; sie ist vielmehr bezüglich aller Ämter zu beachten, welche die Öffentlichkeit zu vergeben hat. Jedenfalls im Grundsatz. Zu den bekannten Gründen – Verteilung der politischen Macht auf einen grösseren, häufiger zu erneuernden Kreis von Personen, Berücksichtigung der Minderheiten aller Art, auch der Regionen und der Sprachen – dürfte vernünftigerweise und immer mehr auch die Rücksichtnahme auf die Interessen der Frauen und der nachrückenden jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger hinzukommen. Hoffentlich tagt es bald auch in dieser Hinsicht. Eine vernünftige Initiative in diesem Sinne würde der Sache der Frauen vermutlich einen rascheren und grösseren Erfolg erbringen als etwa die kosmetischen Übungen an Gesetzes- und anderen Texten! Wie wertvoll ist im menschlichen und gesellschaftlichen Leben ein ausrei-

chendes Vermögen, das gestattet, zwischen dem Wesentlichen einerseits

und den Nichtigkeiten andererseits zu unterscheiden!

Die Qualität der politischen Information

Den Bundesbehörden geht es in letzter Zeit, bezogen auf den Ausgang von Volksabstimmungen, die den Bund betreffen, nicht besonders gut. In der Öffentlichkeit ist die Rede von Vertrauenskrisen, von ungenügendem Zusammenhalt innerhalb des Bundesrates, von Indiskretionen, Sommertheater usw. Der Urnengang vom 12. Juni 1994 (erleichterte Einbürgerung, Blauhelme und Kulturartikel in der BV) trug in der Tat nachhaltig Züge eines politischen Traumas, auch grosser Ratlosigkeit, wobei freilich beizufügen wäre, dass etliche Kommentatoren das Wort von der politischen Krise sehr rasch und offenbar mit einiger Lust aufgreifen. Nicht jedes Nein des Volkes löst eine Krise aus. Es hat vielmehr schon manchen ablehnenden Volksentscheid gegeben, von dem in der Folge heilsame Wirkungen ausgegangen sind.

Was aber bei anderer Gelegenheit (Paradefall EWR) und namentlich im Juni 1994 geschah, kann natürlich nicht mit leichter Hand abgetan und vergessen werden. Das Resultat verlangt wegen der Häufung und Intensität der «Fälle» nachgerade eine ernsthafte Überprüfung der Lage, also der Frage, wie es denn mit dem Vertrauen unseres Volkes in seine Behörden bestellt sei. Dabei ist festzuhalten, dass einerseits auch der Bürger, die politischen Parteien, die Sozialpartner und andere Gruppierungen, die am politischen Geschehen im Lande aktiv teilnehmen, andererseits freilich auch nicht nur der Bundesrat, sondern auch das Parlament zur Gewissenserforschung aufgerufen sind. Sie taten es in letzter Zeit und wiederum mit unterschiedlicher Eile und Gründlichkeit!

Hier mag die m. E. sehr bedeutsame Frage nach der richtigen und genügenden Information des Stimmvolkes gestellt werden, genauer die Frage, ob die Niederlagen – sofern es sich um Niederlagen handelt – der Behörden, die dem Volk Anträge und Beschlüsse zum Entscheid vorlegen, möglicher-

weise auf unzulängliche, ungeschickte und wenig überzeugende Informationen vor den Abstimmungen zurückzuführen seien, vielleicht auch nur unter anderem. Mit anderen Worten: Wie steht es jeweils mit dieser offiziellen Information, wie steht es auch mit dem persönlichen Einsatz der Mitglieder des Bundesrates und der beiden Kammern, auch ihrer Experten in Sachfragen? Parallelen zu den Erfahrungen in den Kantonen würden sich dabei rasch anbieten. Allein, sie könnten nicht in jeder Hinsicht schlüssig sein, weil die Voraussetzungen für eine Information, die ankommt, sehr unterschiedlich sein können. (Immerhin: In unserem Kanton ist auch kaum zu übersehen, wie zurückhaltend vor allem die Mitglieder des Grossen Rates in aller Regel ihre Beschlüsse vor dem Volke vertreten und wie wenig herhaft sie bei umstrittenen Vorlagen die Entscheidungen «ihres» Parlamentes erläutern und vertreten. Belege für diese Behauptungen stünden auf Jahre zurück zur Verfügung!)

Es wird – beispielhaft in Europafragen – gejammert, dass «der Gegner», als welchen in letzter Zeit mit Vorliebe einzelne Personen qualifiziert werden, mit Schlagworten operiere, Schwarz-Weiss-Malerei betreibe, das Volk mit Rhetorik irreführe, es von den Schicksalsfragen böswillig ablenke u. a. m. Wenn dem so wäre – man weiss es zur Genüge aus der Geschichte: Frei von diesen Schlacken und Gefahren sind unsere Gemeinwesen wohl nie gewesen –, müsste eine weitere Frage angefügt werden: Warum machen dann nicht auch die Behörden Gebrauch von den Aufklärungs- und Propagandamitteln, über die besonders sie verfügen, etwa von ihrer besseren Orientierung im Detail, auch von ihrer Autorität kraft Stellung und Amt? Oder ist dies alles inzwischen abhanden gekommen? Und warum treten diese Frauen und Männer in der Stunde der Entscheidung nicht geschlossen auf? Bezuglich dieser letzten Fra-

ge geben einige Bundesräte gegenwärtig ein denkbar schlechtes Beispiel. Irgendwann, «nach dem Sommertheater», ziehen sie sich in die Klausur zurück, sie gehen in sich und bedauern bestenfalls einige verunglückte Formulierungen; es gibt keine Rügen, und die Sache ist anscheinend erledigt. Das ist ein sehr aktuelles und auch bezeichnendes Bild einer wenig verheissungsvollen Situation im Bundeshaus. Wenn nun aber der Bürger bei seinen «Oberen» Uneinigkeit in wesentlichen Fragen wittert, neigt er sehr gerne und ohne grosse Umrüste zu einem Nein. Auch das ist eine Erfahrung, auf die sich die Behörden in Abstimmungskämpfen durchaus rechtzeitig einstellen könnten. Man kennt ja die Methoden hüben wie drüben, und man kann sich darauf einrichten. Wahlen und Abstimmungen werden nicht nach wissenschaftlichen Prinzipien durchgeführt. Ihre Mittel und Mechanismen sind anderer, biederer Art!

Wenn derartige Rezepturen jemandem als zu billig und zu einfach erscheinen sollten, dann möchte ich ohne weiteres und sofort zugeben, dass behördliche Stellungnahmen vielfach nicht nur gegen Argumente, sondern auch gegen Schlagworte, gefährliche Vereinfachungen und Polemiken anzukämpfen haben. Aber auch das ist längst bekannt und somit in einer Abstimmungsstrategie der Behörden mitzukalkulieren. Ich meine nicht, ein Bundesrat oder ein Abgeordneter müsse hingehen und Schlagworte mit Schlagworten beantworten. Allein, auch einer Behörde stehen in der Sache Argumente, bessere Informationen und gegebenenfalls wohl auch ein gewisses Mass an Vertrauenswürdigkeit zur Verfügung. Nun ist aber gerade in dieser Hinsicht in letzter Zeit einiges nicht nur behauptet, sondern konkret an den Tag gebracht worden, was der Klärung bedürfte. Vertrauen ist eine wesentliche Grundlage für jegliche erfolgreiche Arbeit einer Behörde und auch der einzelnen Amtsträger. Ohne diese Voraussetzung geht es bekanntlich nicht. Vertrauen ist aber auch rascher beschädigt und zerstört als aufgebaut. (Wer die Rolle der Medien mit allen ihren

Möglichkeiten und ihrem insistierenden Einwirken auf den Bürger berücksichtigt, muss darauf hinweisen, dass Vertrauenskrisen auch herbeigeredet werden können, und zwar so lange, bis die Geschichten geglaubt werden. Al-

les schon dagewesen!) Auch diese Aspekte unserer Landespolitik wären gegenwärtig sehr ernsthaft zu bedenken – auch wie ein arg lädiertes Vertrauen wieder funktionstüchtig zu machen wäre.

Graubünden ohne seine Minderheiten?

Die Bündner Zeitung wollte im Rahmen ihres Programms «Redaktion unterwegs» im Sommer 1994 ergründen, was von den aktuellen Positionen der rätoromanischen Bevölkerung und ihrer Sprache in den verschiedenen Landesteilen, die zu romanisch Bünden gezählt werden, zu halten sei. Sie kam – auf einer Frontseite doppelt festgenagelt – zu ernüchternden Ergebnissen: «Wenig Hoffnung für eine romanische Zukunft» und daneben als Leitartikel: «Wieder um eine Romanen-Illusion ärmer» (BZ Nr. 187 vom 13. August 1994). Der Chefredaktor leitete seine Betrachtungen mit folgender Erkenntnis ein: «Der Deutschbündner, so eine weitverbreitete Meinung, interessiert sich nicht für die Probleme der Rätoromanen.» Es ist eben diese Einsicht, mag sie zutreffen oder nicht, die mich veranlasst, mein Augenmerk diesem Aspekt zu widmen.

Es geht m.E. nicht bloss um das Schicksal, um die Zukunft einer Sprache, die am Verbluten ist und deren Los ihre Anhänger nun einmal allein zu tragen hätten, sondern auch um die Folgen dieser via crucis für einen Kanton, der sich auf seine sprachliche und kulturelle Vielfalt etwas einbilden darf. Bald ein Kanton Graubünden ohne die romanisch sprechende Bevölkerung – was müsste dies für diesen Kanton bedeuten?

Die Frage, einmal so gestellt, sollte uns alle, die wir als Bündner zusammengehören (wollen), aufrütteln; denn der Niedergang eines wesentlichen Teils dieser Kulturerscheinung Graubünden wäre nicht mehr und nicht weniger als ein folgenschwerer Einbruch in ein Gefüge, das aus Graubünden das macht, was über unsere Grenzen hinaus als wertvoll, erhaltenswert und in mancher Hinsicht als

einmalig gilt. Diese Zusammenhänge wollen ehrlich und realistisch betrachtet und gewürdigt werden, weil blosse Sentimentalitäten und alle (sattsam bekannten) Versuche, die Lage beschönigen zu wollen, niemandem nützen können. Die Situation ist ohne jeden Zweifel prekär, und zwar nicht weil es unter den Rätoromanen in bezug auf die zu ergreifenden Teilmassnahmen immer wieder zu scharfen Kontroversen kommt (was uns freilich entgegen anderslautenden Ansichten auch anderweitig nicht zu schaden bräuchte!), sondern weil der Wille, die Sprache zu erhalten, und die Mittel, die dafür eingesetzt werden, den zahlreichen Widerwärtigkeiten und Gefahren nicht gewachsen sind. Was gegen das Überhandnehmen Anderssprachiger vorkehren, was gegen die in der Praxis unzureichende Assimilation der Zuzüger, was gegen unserer Minderheit innewohnenden Schwächen, was gegen unsere Aufsplitterung und Auflösung geographischer und idiomatischer Art? Natürlich – und leider – kommt die eigene Laschheit hinzu, eine Erscheinung, die unsere Glaubwürdigkeit nach innen und nach aussen auch nicht zu mehren vermag. Es kommt vernünftigerweise und in erster Linie (aber nicht nur) auf unsere eigenen Initiativen an, was freilich nicht bedeutet, die Sache wäre damit ohne weiteres und mit Sicherheit zu retten.

Solange die Bemühungen um die Erhaltung dieser Sprache sinnvoll erscheinen, ist es eine ebenso schwierige wie notwendige und wichtige Aufgabe des ganzen Kantons, behilflich zu sein, und zwar in einem moralischen wie in einem materiellen und politischen Sinn. In einem staatlich-offiziellen Sinn ist diese Einsicht hierzulande längst vorhanden; denn niemand wird

behaupten wollen, das offizielle Graubünden lasse uns Rätoromanen im Regen stehen. In mannigfacher Hinsicht tritt uns dieser Kanton unter Einsatz seiner Mittel helfend bei. Dies alles genügt aber nicht, wenn «das übrige Graubünden» sich für unsere Anliegen tatsächlich nicht interessieren sollte. An den Grenzen der Sprachgruppen und vorab in den mehrsprachigen Räumen ist die Sache der Rätoromanen ja tagtäglich auf das Verständnis, die Toleranz und die Mithilfe Anderssprachiger angewiesen, da und dort auch auf ihre Bereitschaft, uns zu verstehen und sogar unsere Sprache zu erlernen. Das ist ein essentieller Teil unserer notwendigen Präsenz in der hiesigen Öffentlichkeit, auch unserer

Verankerung und unseres Ansehens – ungleich wichtiger als z. B. irgendwelche Prozeduren rechtlicher Natur auf Bundesebene, die in der Praxis mehr Erwartungen als Lösungen bewirken. Überhaupt erscheint es als sehr gefährlich, immer wieder – etwa bei der Interpretation von Statistiken, Volkszählungen usw. – so tun zu wollen, als wäre mit besserem Wetter zu rechnen. Allerdings ist auch das Gegenteil bedrohlich genug: Die Resignation, das Schlappmachen, die verzweifelnde Kapitulation, das Nachlassen aus Gründen blosser Zweckmässigkeit.

So betrachtet ist es für die rätoromanische Sprache auch im Gesamtinteresse des Kantons Graubünden erforderlich, dass die Deutsch- und Italie-

nischbündner für die Belange dieser Minderheit im Alltag, in der Politik und in allen Teilen unseres Gemeinschaftslebens ein aufrichtiges, bewusstes und nützliches Interesse aufbringen. Damit zusammenbleibe, was zusammengehört, um ein auf anderem Boden gewachsenes, so oder so bedeutsames Wort zu gebrauchen. Bei allen anderen Anstrengungen innerhalb der romanischen Sprachgruppe sollten diese gesamtbündnerischen Aspekte nicht aus den Augen verloren werden. Genügt es dabei und am Ende aller Erwägungen, sehr klar zu wissen, dass Graubünden schicksalhaft auch die 30 000 oder 40 000 Rätoromanen umfasst?



Tafel 4: Lenz Klotz, Blaue Brücke, 1989, Öl auf Leinwand.